

Dringliche Interpellation Nr. 50 (Bündelitag Juni 2010)

10.5190.01

betreffend überraschende Kehrwende von Regierungspräsident Morin in der Casino Frage.
Ist die Zusammenarbeit mit Privaten gefährdet?

Um eines zu Beginn klar zu stellen: weder bin ich Mitglied der Casino Gesellschaft noch bin ich öfters Konzertbesucher im Stadt-Casino. Trotzdem habe ich damals die Vorlage für ein Neues Stadt-Casino im Grossen Rat wie auch in der Volksabstimmung aus bekannten Gründen unterstützt.

Das Volk hat sich klar gegen einen Neubau entschieden. Dies gilt es zu respektieren.

Nach der Eingliederung des Kulturressorts in das Präsidialdepartement erklärte Regierungspräsident Morin das Thema Stadt-Casino zur Chefsache.

Daraufhin wurde eine Projektgruppe eingesetzt, in die neben Vertretern der Casino Gesellschaft auch der Kulturchef Michael Köchlin und die rechte Hand von Regierungspräsident Morin, Generalsekretär Marc Steffen, delegiert wurden. In der Folge wurde bekannt gegeben, dass die AG ein Sanierungsprojekt ausgearbeitet habe, das den Kanton rund CHF 35'000'000 kosten würde.

Am 9. Juni 2010 lud die Casino Gesellschaft zu einer Informationsveranstaltung für interessierte Grossratsmitglieder ein, an der ich nicht teilnehmen konnte.

Am Tag danach kam, zumindest für mich, die grosse Überraschung: der Regierungsrat wolle keine grosse Sanierung sondern höchstens eine kleine Notsanierung und findet, dass der Betrag zu hoch sei, da man dafür schon fast einen Neubau bekomme.

Über den Entscheid an sich kann und muss man diskutieren. Dies ist nicht der Inhalt der Interpellation.

Was mehr überrascht ist vor allem das bruske Vorgehen an sich. Als engagierter Kulturpolitiker, der sich sehr für die Zusammenarbeit von Staat und Privaten einsetzt, befremdet mich das Vorgehen massiv. Auf der einen Seite wird vehement der Führungsanspruch angemeldet und dann wird bruske das Steuer herum geworfen.

Wenn dieses Vorgehen Schule macht, dann wird diese angestrebte Zusammenarbeit mit Privaten torpediert. Wer hat Lust mit so einem Partner zusammen zu arbeiten?

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass die Einsitznahme seiner Fachleute auf höchster Ebene in gemischten Arbeitsgruppen als Bekenntnis zumindest des zuständigen Departements zu deren Arbeit aufgefasst wird?
2. Was war die Aufgabe der Herren Köchlin und Steffen in dieser AG?
3. Ist dieser Auftrag schriftlich festgehalten?
4. Wäre es nicht dringend geboten, dass das Departement seine abweichenden Beurteilung einfließen lässt oder hat es dies getan?
5. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass private Partner rechtzeitig informiert werden sollten?
6. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass ein kurzfristiges Vorgehen eine Belastung für die Beziehung zu privaten Trägerschaften darstellt und die gerade in Basel so erfolgreiche Idee der Public-Privat-Partnership gefährdet?
7. Wie definiert der Regierungsrat seine Leitlinien betreffend eine Zusammenarbeit mit privaten Trägerschaften und Institutionen?

Daniel Stolz